

Kritik an der Subventionspolitik

Pieper: Keine Förderung für Unternehmensverlagerungen in der EU

Rheine. Viele große Unternehmen – auch im Münsterland – verlagern ihre Produktion in die neuen Mitgliedsländer der EU. Mal sind es die niedrigen Lohnkosten im Osten, mal ist es die Hoffnung auf neue Märkte, die Unternehmer zum Abwandern bewegen. Immer wieder werden die Verlagerungen auch mit dem Geld aus dem EU-Haushalt subventioniert. Der EU-Abgeordnete Dr. Markus Pieper (CDU) kritisiert diese Praxis im Gespräch mit MV-Redakteur Matthias Schrief.

Herr Pieper, wo setzt Ihre Kritik an?

Dr. Markus Pieper: Nach bestimmten Kriterien hat die EU Fördergebiete ausgewiesen, zurzeit ist das der gesamte Osten der EU. Wenn sich hier Firmen ansiedeln, können sie neben den staatlichen Förderungen auch EU-Förderungen erhalten. Das Problem: Die EU unterscheidet zurzeit nicht ausreichend, ob ein neuer Arbeitsplatz in der EU entsteht, oder ob ein Arbeitsplatz innerhalb der EU einfach nur von A nach B verlagert wird. Wir von der CDU/CSU-Gruppe im europäischen Parlament vertreten – im harten Konflikt zur SPD – die Meinung, dass mit EU-Geld nur tatsächlich neu entstehende Arbeitsplätze innerhalb der EU gefördert

„Der deutsche Arbeitnehmer kann doch nicht mit seinen Steuergeldern den Verlust seines Arbeitsplatzes finanzieren.“

Dr. Markus Pieper

werden sollen. Ein Beispiel: Wenn ein Unternehmen eine völlig neue Produktlinie herstellt und sich für Polen oder Tschechien als Produktionsstandort entscheidet, ist das mit den Fördermitteln okay. Wir akzeptieren aber nicht, dass AEG seine bestehende Hausgeräte-Fertigung von Nürnberg nach Polen verlagern will und dafür europäische Gelder erhält, obwohl sich weder an den Produkten noch an den Absatzmärkten etwas ändert. Man muss das mal zu Ende denken: Letztlich ist es dann doch der deutsche Arbeitnehmer, der mit seinen Steuergeldern den Verlust seines Arbeitsplatzes finanziert. Das ist etwas, das wir in der politischen Konsequenz nicht wollen können.



Dr. Markus Pieper

Mit welchem Instrumentarium wollen Sie das verhindern?

Pieper: Uns fehlt ein Kontrollsystem. Wir wollen zwei Dinge. Erstens fordern wir für jedes geförderte Großprojekt eine siebenjährige Bestandsgarantie. Damit schließen wir ein Subventions-Hopping aus. Wir verhindern damit, dass Unternehmen auf der Jagd nach den meisten Fördergeldern von einem Standort zum anderen springen. Zweitens wollen wir ein detaillierteres Berichtswesen installieren. Bislang wurden nur Projekte oberhalb der 50 Millionen Euro-Grenze kontrolliert. Jetzt wollen wir die Schwelle auf 25 Millionen herunternehmen. Das wird auch von Bundeswirtschaftsminister Glos unterstützt.

Ist der regulierende Eingriff notwendig?

Pieper: Ja. Es bringt keinen Mehrwert, Arbeitsplatzverlagerungen von A nach B zu fördern. Außerdem würden die Betriebe diese Investitionen auch ohne EU-Förderung verwirklichen. Man muss das Geld doch nicht noch hinterherwerfen.

Stellen Sie fest, dass die Akzeptanz der europäischen Idee durch diese Standortverlagerungsangst in Deutschland leidet?

Pieper: Es ist leider so, dass Standortverlagerungen die Medien dominieren. Auf der anderen Seite müssen wir sehen, dass die deutsche Wirtschaft dem Binnenmarkt viel zu verdanken hat. Allein im verangenen Jahr hatten wir einen Handelsbilanzüberschuss mit den Handelspartnern in der EU von 120 Milliarden Euro. Kurzum, unterm Strich ist die EU für die deutsche Volkswirtschaft ein Riesenerfolg. Ohne offene Grenzen könnte unsere Wirtschaft nicht bestehen.